

Entmythologisierung des Migrationsdiskurses

Hein de Haas (2023): Migration. 22 populäre Mythen und was wirklich dahinter steckt

Aus dem Englischen von Jürgen Neubauer, Frankfurt/M.: S. Fischer Verlag, ISBN: 978-3-10-397534-5, 512 Seiten, 28,00 Euro



Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 war für einen relevanten Teil der Jungwähler, nicht nur der ostdeutschen, das Thema Migration entscheidungsbestimmend. Falls es überhaupt vorab zu einer Argumentation über die Entscheidungsgründe kam, so sah ein relevanter Prozentsatz in den „Zugereisten“ eine Gefahr für den Sozialstaat, den Bildungsbereich, den

Schutz vor Kriminalität, die deutsche (Leit-)Kultur u.a.m.

Hein de Haas, nach zehn Jahren der Forschung und Lehre an der Universität Oxford seit 2015 Soziologe an der Universität Amsterdam, widmet sich in 22 Kapiteln den genannten und 18 weiteren Themen und untersucht sie auf ihre Stichhaltigkeit, indem er Fakten zu den verschiedenen „Mythen“ zusammenträgt: national und international. Als „Mythen“ bezeichnet er die in der Öffentlichkeit geläufigen Ansichten, ohne sie von vornherein als „Vorurteile“ zu disqualifizieren. Im Gegenteil: Er nimmt sie ernst und analysiert sie auf ihren Realitätsgehalt. Das macht die Lektüre auch für Skeptiker erträglich und erleichtert eine möglicherweise notwendige Revision bisheriger Vorstellungen.

Eines ist von Beginn an zu beachten: De Haas schreibt über „Migration“, nicht über „Flucht“, also über Migrantinnen und Migranten, nicht über (Kriegs-) Flüchtlinge. Oder um es beispielhaft zu sortieren: Nicht über Syrerinnen und Syrer, die dem Krieg im Lande entfliehen, sondern über Marokkanerinnen und Senegalesen, die in Europa ein besseres Leben erhoffen, nicht über Haitianerinnen und Haitianer, die dem Bandenterror entkommen wollen, sondern über Menschen aus Guatemala und Venezuela, die in den USA gute Arbeit erhoffen. Und er schreibt auch nicht über jene, die vorübergehend dem Kriegsgeschehen in der Ukraine entfliehen wollen. (vgl. S. 9 ff.)

Einige Mythen

Migration ist eine Wanderung, die es nicht erst seit 2015 gibt, jenem Jahr, in dem Angela Merkel den Satz sagte: „Wir schaffen das.“ Damals ging es, die vorgenannte Unterscheidung aufnehmend, auch vornehmlich um „Flüchtlinge“ aus Syrien, Irak und Afghanistan. Dennoch hatten diese Fluchten manches mit der Migration ge-

mein. Ihr Ziel waren Regionen, in denen die Familien nicht nur Schutz vor Bomben und Granaten suchten. Diesen Schutz gab es auch in den Nachbarstaaten wie Jordanien, Türkei und Pakistan, von wo aus auch eine Rückkehr nach der erhofften Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen eher möglich sein würde. Sie machten sich auf den weiteren Weg, weil sie am dortigen Ziel außer der Sicherheit auch bessere Arbeits- und Erwerbsbedingungen erwarten konnten.

Dies ist die Kernthese von de Haas: Migriert wird dahin, wo ein deutlich besseres, und zwar auf Grund eigener Erwerbstätigkeit gesichertes Leben möglich erscheint. Diese mit Daten gut belegte Feststellung widerlegt Mythen wie diese, dass Migranten das Land suchten, an dem sie ohne Arbeit die höchsten Sozialleistungen abgreifen könnten und wo sie damit den dortigen Sozialstaat in Gefahr bringen würden (vgl. S. 182).

Sie gehen auch nicht dorthin, wo sie anderen die Arbeit wegnehmen, sondern wo Arbeitskräfte gesucht werden. Über mehrere Jahre geführte Statistiken zeigen, dass Länder mit signifikanter Arbeitslosigkeit nicht das Ziel sind. Sobald letztere spürbar wird, geht die Zahl der Migranten deutlich zurück.

Deshalb sind Zuwanderungen auch nicht die Ursache für Lohndumping (vgl. S. 163 ff.), ein Argument, dass deutsche Gewerkschaften in den 50er und 60er Jahren vor allem gegen Gastarbeiter- und Saisonarbeiter-Anwerbungen, wesentlich getragen von Arbeitgeberorganisationen, vorbrachten. Die Ablehnung von derartigen „Anwerbungen“ hatte ihre sehr wohl berechtigte Begründung darin, dass es sich, zumindest was den deutschen Arbeitsmarkt betraf, nicht um einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften handelte. Die ersten derartigen Anwerbungen geschahen ab 1954 – in Süditalien, Griechenland und Jugoslawien – in Jahren, als noch 200.000 bis 350.000 DDR-Flüchtlinge jährlich für ausreichend „Nachschub“ an zudem gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sorgten.

Die „Anwerbungsgründe“ waren andere, wie Heike Knortz schon in einer vor sechzehn Jahren 2008 erschienenen, offensichtlich aber wenig beachteten Arbeit darlegte: In den genannten Ländern sorgten nach einem wirtschaftlichen Aufschwung in den frühen 50er Jahren Wirtschaftskrisen für eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und – viel bedeutender – für eine befürchtete Zunahme kommunistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Die USA drängten das „Wirtschaftswunderland“ BRD, in diesen Ländern, durch Übernahme bis zu einer Million „Sozialfällen“, die Stärkung der dortigen Sowjetunion freundlichen Parteien mit dieser besonderen Form der Wiedergutmachung zu verhindern. Erst mit dem entsprechenden Abkommen mit der Türkei 1961 gelang es der Bundesrepublik, bei der „Anwerbung“ aktiv mitzuwirken und die Qualifikation der Bewerber als Auswahlkriterium durchzusetzen. (vgl. Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gast-

arbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln)

Die Migranten der letzten 50 Jahre haben mit der Gruppe der 50er Jahre Migranten hinsichtlich ihrer Qualifikation wenig gemein. Um sich auf die unsichere Reise zu machen, bedarf es eines Wissens um die erreichbaren Möglichkeiten. Es ist eines der unstrittigen Fakten, dass Migranten in Verhältnissen leben, in denen es ihnen oder ihren Familien möglich ist, die Kosten für die Migration aufzubringen (vgl. de Haas, S. 111 f.).

Deshalb ist ein weiterer „Mythos“ zweifelhaft: Migration lasse sich mit Entwicklungshilfe eindämmen (vgl. S. 102 ff.). Die Entwicklungshilfe, die u.a. das Bildungsniveau der Bevölkerung hebt, regt häufig die „Bildungslust“ an. Um sie zu befriedigen, ist der – auch zeitweise – Aufenthalt in Ländern der „Ersten Welt“ durchaus erstrebenswert und damit eher migrationsanregend. Verblieben die Emigrantinnen und Emigranten im Zielland, so führen die Überweisungen in die Heimat zu einer direkt wirksamen Entwicklungshilfe bei den Betroffenen, zu verbesserten Lebensbedingungen dort und damit auch, sozusagen „über Bande“ zu einem erhöhten Verbleib der Familienangehörigen in der Heimat (vgl. S. 264 ff.).

Während es unter wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aspekten mittlerweile wenig bestritten wird, dass die Migration nach Deutschland mehr Vor- als Nachteile hat, – die Zahlen über den Bedarf an zusätzlichen, vor allem jüngeren Arbeitskräften schwanken zwischen 200.000 und 400.000 jährlich – gewinnt die Furcht vor „Parallelgesellschaften“ und dem Verlust „der deutschen Leitkultur“, wie sie in dem einen oder anderen Parteiprogramm favorisiert wird, neue Anhänger (vgl. S. 223 ff.).

Der Mythos von „Parallelgesellschaften“ basiert auf der Furcht, dass sich die Bevölkerungen nicht „mischen“. Es gibt keine Belege, dass die Entmischung zunimmt (vgl. ebd.). Dazu ein besonders krasses Beispiel: „In Europa hängt der Grad der Segregation unter anderem von der jeweiligen Stadtplanung und Wohnungspolitik ab und variiert je nach Land, Stadt und Migrantengruppe erheblich. Auch wenn das Klischee der banlieues etwas anderes vermuten lässt, sind französische Städte am wenigsten entmischt [...] Das heißt nicht, dass die Probleme in einigen Pariser [oder Berliner] Vororten nicht real sind, sondern nur, dass die Probleme der sozialen Brennpunkte nicht repräsentativ für die Erfahrungen der Zuwanderer in Frankreich [und Deutschland] sind.“ (S. 226)

Als Allheilmittel gegen ungewollte Migration werden drastische Zuwanderungsbeschränkungen favorisiert. Das tatsächliche Ergebnis solcher Beschränkungen ist nach de Haas, dass die Zahl der Zuwanderer signifikant steige. Ein Musterbeispiel ist Großbritannien: Vor dem Inkrafttreten des Brexit (1.1.2020) betrug die Zahl der Zuwanderer 275.000 (2019). Zwei Jahre später (2022) kamen 504.000 auf die Insel (vgl. S. 391 ff.). Ein weiteres Beispiel ist Spanien (vgl. S. 402). Nachdem dort das Land 1991 die Visumpflicht für aus Marokko kom-

mende Migrantinnen und Migranten einführte, heuerten diese Fischer an, die sie bei Nacht und Nebel nach Gibraltar brachten. Als diese Grenze zu Spanien faktisch geschlossen wurde, etablierten sich neue Routen über Libyen und Tunesien, über die Kanarischen Inseln sowie über die Türkei nach Griechenland. Und sie wurden von Unternehmen gern aufgenommen; nahezu alle Personen fanden Einkommensmöglichkeiten in Europa, wenn auch z.T. unter – für EU-Kriterien – menschenunwürdigen Verhältnissen.

Doch es kam noch krasser: Beschränkungen verhinderten nicht nur die Migration, sie verhinderten vor allem die Rückkehr und zwangen jene, die für eine befristete (Ernte-) Zeit kamen, zu einem dauerhaften Aufenthalt. „Ohne Beschränkungen funktioniert die Grenze wie eine Drehtür und Migranten reisen ungehindert zwischen Herkunft- und Zielland hin und her. Man spricht daher auch von zirkulärer Migration.“ (S. 399) Unter diesem „Drehtür-Effekt“ hatte ich als Schüler zu „leiden“: Die als Treffpunkt von Schülerinnen und Schülern der nach Geschlechtern getrennten Gymnasien beliebte italienische Eisdiele wurde von April bis September von einer sizilianischen Familie betrieben. In den Herbst- und Wintermonaten war dort ein deutlich unattraktiverer Teppichladen.

Ein weiterer „Mythos“: Wie die Maßnahmen zur Abwehr von Migrantinnen und Migranten durch dänische Sozialdemokraten und italienische Neofaschisten zeigen, ist die Behauptung, Linke sind für, Rechte sind gegen Migration falsch (vgl. S. 322 ff.). „Die Bereitschaft, mehr Zuwanderer ins Land zu lassen, hängt [vor allem] von der Konjunktur ab – die ideologische Ausrichtung einer Partei spielt dabei hingegen kaum eine Rolle.“ (S. 326). In Deutschland sind dafür das – linke – „Bündnis Sarah Wagenknecht“ und die – rechte – AfD beispielhaft. „So entstehen merkwürdige parteiübergreifende Bündnisse von Gegnern und Befürwortern der Zuwanderung, etwa wenn Gewerkschaften und kulturkonservative sich gemeinsam für eine strengere Zuwanderungspolitik aussprechen und Unternehmensvertreter und Menschenrechtsaktivisten mehr Offenheit fordern.“ (S. 327) De Haas resümiert: „Wenn wir über Migration diskutieren, dann müssen wir uns als erstes klarmachen, dass sie manchen Menschen mehr Nutzen bringt als anderen und dass sie gelegentlich sogar Schaden verursachen kann [...] Dass die Reichen den größten wirtschaftlichen Nutzen von den Migration haben, während die Arbeiter am direktesten mit den Folgen im Alltag konfrontiert sind [z.B. Wohnungsbedarf], ist von nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher und politischer Bedeutung.“ (S. 446)

Die Quintessenz der Darstellung von de Haas ist, dass das Migrationsthema nicht in einer Pro-Contra-Debatte abzuhandeln ist. Es gelingt ihm, das Thema in einer faktenbasierten Differenzierung aufzufächern. Ein lohnendes Werk, insbesondere für den Politikunterricht.

Christoph Ehmman, Berlin